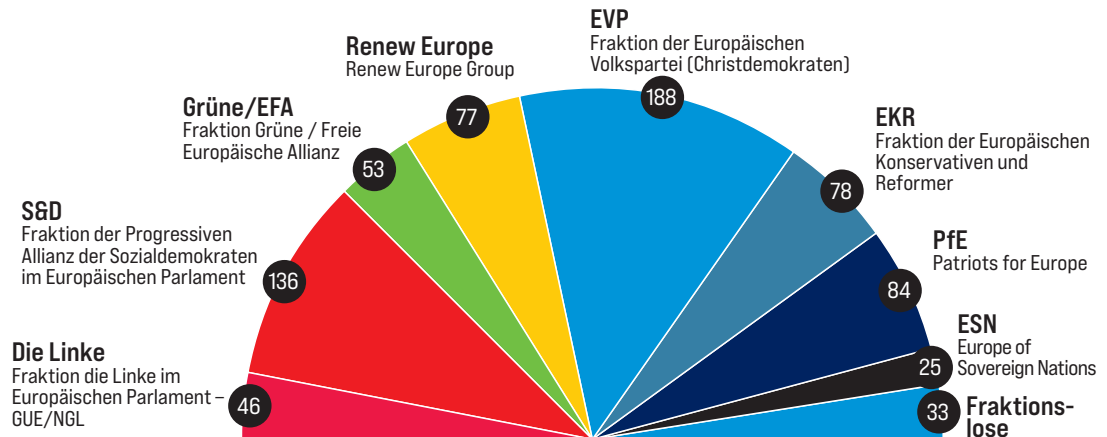


EUROPAWAHL 2024. STIMMEN JUNGER MENSCHEN IN DER POLITIK

Von Eva Feldmann-Wojtachnia

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 2024-2029
Quelle: <https://results.elections.europa.eu/de/> [Stand: 24.09.2024]



Nach der Europawahl vom 6.–9. Juni 2024 richtet sich das Hauptaugenmerk besonders auf die Erstwählerinnen und Erstwähler. Denn in einigen Mitgliedstaaten durften sich junge Menschen bereits ab 16 bzw. 17 Jahren beteiligen.¹ Laut der Eurobarometer-Umfrage vom Mai 2024 hatten 64 Prozent der jungen Menschen die Absicht zu wählen. Grundsätzlich betrachten mehr als ein Drittel der Befragten Wahlen als probates Mittel, sich Gehör zu verschaffen. Ebenso viele Jugendliche nutzen auch die sozialen Medien, um auf die eigenen

Standpunkte aufmerksam zu machen.² Von einem jugendlichen Desinteresse an der Politik kann also nicht die Rede sein.

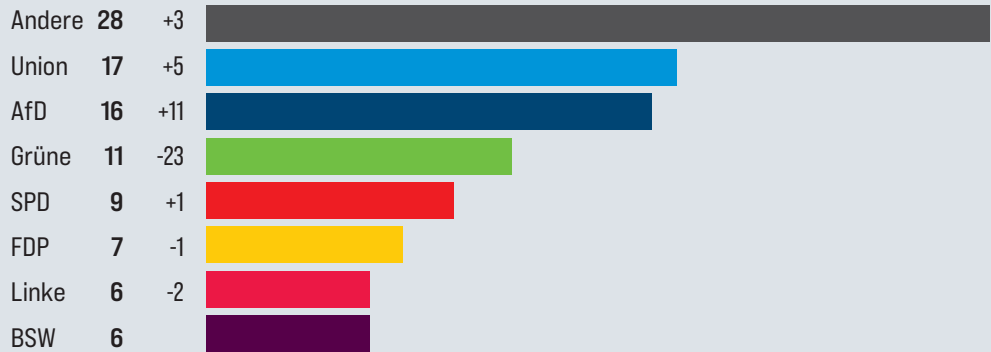
Jedoch wird vom Europäischen Jugendforum beklagt, die politischen Parteien ließen sie in ihren Wahllisten weiterhin außen vor. Obwohl junge

¹ Ab 16 Jahren in Deutschland und Belgien (seit 2024) sowie in Österreich (seit 2007) und Malta (seit 2018) und ab 17 Jahren in Griechenland (seit 2024).

² Vgl. Europäische Union: Flash-Eurobarometer 545: Jugend und Demokratie, April 2024, abzurufen unter: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3181> [Stand: 24.09.2024]; die Jugendstudie 2024 der TUI-Stiftung kommt sogar zu dem Ergebnis, dass 59 Prozent der jungen Generation in Europa Wahlen als gerechtfertigtes Mittel für die politische Einflussnahme betrachtet und selber daran teilnehmen würde, vgl. TUI-Stiftung (Hg.): Junges Europa 2024. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover 2024, S. 66.

Europawahl 2024

Stimmanteile bei 16- bis 24-Jährigen im Vergleich zu 2019



Quelle: infratest/dimap,
<https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/junge-waehler-100.html>
[Stand: 24.09.2024]

Menschen 25 Prozent der Bevölkerung der EU ausmachen, sind sie nur zu zehn Prozent mit jungen Abgeordneten im Europäischen Parlament repräsentiert.³ Auch aktuelle Jugendstudien bestätigen diesen Befund. Junge Menschen in Europa erachten Wahlen und Demonstrationen zwar als wirkungsvolle Instrumente, um auf die Politik Einfluss zu nehmen. Allerdings fühlt sich nur weniger als ein Fünftel durch das Parlament des eigenen Landes und durch das EU-Parlament repräsentiert.⁴ Die Frage, ob und wie die Stimmen junger Menschen in der Politik Gehör finden, bleibt auch nach der Europawahl zentral – besonders mit einem kritischen Blick auf die Ergebnisse, die Anlass zur Sorge um eine stabile, demokratische Wertebasis in Europa bereiten.

Einordnung der Wahlergebnisse

Insgesamt betrachtet ist die konservative Europäische Volkspartei (EVP) aus den Wahlen zum Europäischen Parlament⁵ als Siegerin hervorgegangen

und stellt mit 188 von 720 Sitzen rein zahlenmäßig die stärkste Fraktion. Die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) ist mit 136 Sitzen als zweitstärkste Fraktion vertreten. Allerdings verzeichnen europaskeptische bis europafeindliche, rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien einen hohen Stimmenzuwachs. Zusammengekommen überwiegen sie sogar im Europäischen Parlament. Damit haben sich die Stimmverhältnisse im Parlament deutlich nach rechts verschoben, was sich auch in neu entstandenen Fraktionen im rechten Spektrum widerspiegelt. Die rechtsextremen, europafeindlichen Patrioten für Europa (PfE) sind mit 84 Sitzen drittstärkste Kraft, die nationalkonservativen, EU-kritischen Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) liegen mit 78 Sitzen an vierter Stelle. Hinzu kommt im rechtsextremen Lager Europa der Souveränen Nationen (ESN) mit 25 Sitzen. Man muss deshalb von einem deutlichen Rechtsruck in Europa sprechen, der sich in unterschiedlicher Ausprägung durch alle Altersgruppen, soziale Schichten und Mitgliedstaaten der Europäischen Union zieht.⁶

Junge Menschen wählen in Europa keineswegs einheitlich. Sowohl, was die Kohorte der Erst- und Jungwählerinnen und -wähler betrifft, als auch mit Blick auf die nationalen Wahlergebnisse muss

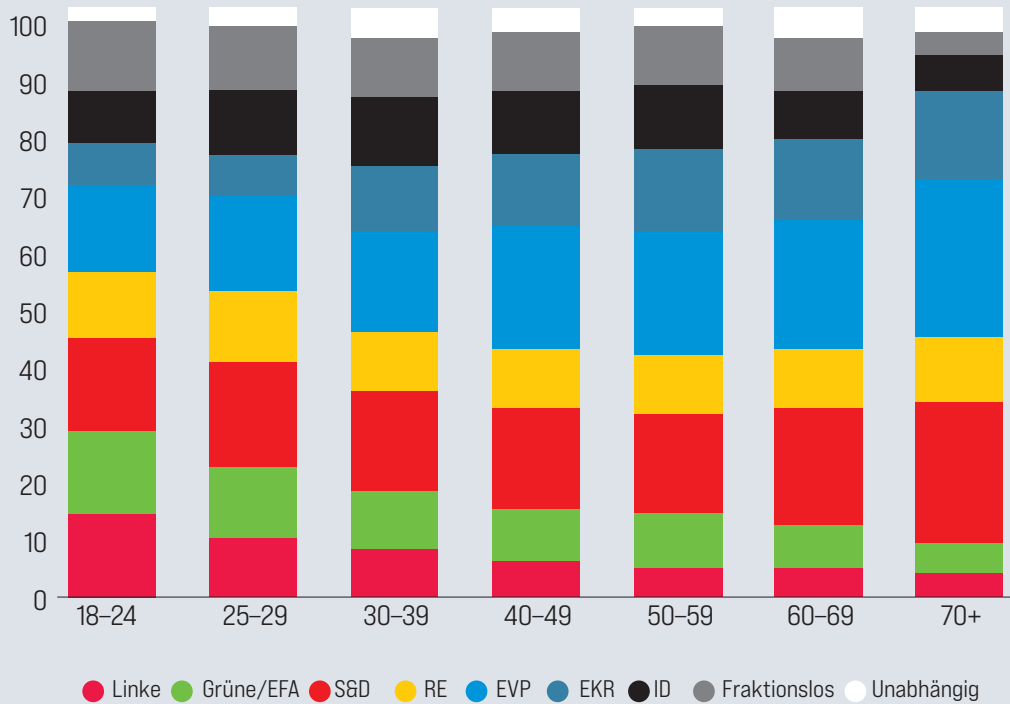
3 Siehe: <https://www.youthforum.org/news/european-elections-2024-young-people-never-had-a-chance> [Stand: 24.09.2024].

4 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 58 ff.

5 Die offiziellen Ergebnisse sind abzurufen unter: <https://results.elections.europa.eu/de/> bzw. für Deutschland und Bayern unter <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-9.html> [jeweils Stand: 24.09.2024].

6 Zur ausführlicheren Spezifizierung nach Alter, Geschlecht, Tätigkeit/Beruf siehe: Catrin Schläger/Christos Katsioulis/Jan Niklas Engels: Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland. Mehrheit für die stabile Mitte trotz starkem rechten Rand, Bonn 2024, S. 8–11.

EU-Wahlen 2024: Geschätztes Wahlverhalten nach Alter in den EU-Staaten, Nachwahlbefragungen*



* Die Daten stammen aus Nachwahlbefragungen in Österreich, Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und Schweden. Die irische Vorwahlbefragung wurde an das Wahlergebnis angepasst. Auf diese Staaten entfallen etwa 61 Prozent der wahlberechtigten EU-Bevölkerung. Die altersgruppenspezifischen Daten wurden nach Jahr erfasst, mit den gültigen Stimmen gewichtet und auf das Wahlergebnis der Europawahlen normiert.

Quelle: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/eu-wahlverhalten-alter-und-geschlecht-in-der-analyse/> [Stand: 24.09.2024]

differenziert werden.⁷ In Deutschland zeigt sich beim jugendlichen Elektorat eine deutliche Verschiebung nach rechts im politischen Spektrum. Der Stimmanteil für die AfD ist bei den 16- bis 24-Jährigen signifikant im Vergleich zu den letzten Europawahlen 2019 von sechs Prozent auf 16 Prozent angestiegen. Die Zustimmung zu den Grünen fiel von 35 Prozent auf elf Prozent massiv ab. Festzuhalten gilt: Ein Drittel der Jugendlichen wählte konservativ (17 Prozent CDU/CSU) oder rechts (16 Prozent AfD). Ebenfalls ein Drittel entschied sich für Kleinstparteien, die bei der EP-Wahl keiner Fünf-Prozent-Hürde unterliegen und

somit attraktiv für spezifische, oft linke und links-extreme Themenpräferenzen sind.⁸

Mit anderen Worten: ihre Motivationslagen fallen sehr unterschiedlich aus und bedürfen einer gründlicheren Analyse. Pauschale Zuschreibungen für die junge AfD-Wählerschaft wie „ostdeutsch und männlich“ sowie „sozial und finanziell benachteiligt“ und „im ländlichen Raum lebend“ treffen oberflächlich betrachtet zwar zu. Sie geben aber keine Antwort darauf, warum auch für zahlreiche andere jugendliche Kohorten rechtskonservative bis rechtsradikale politische Einstellungen an Attraktivität gewinnen. Seit dem Wahlausgang wurde viel darüber diskutiert, was die Gründe für die deutliche Verschiebung im Wahlverhalten der

7 Zum Wahlverhalten von jungen Wählerinnen und Wählern gibt es keine europaweit erhobenen Daten; für eine Übersicht mit einigen zusammengetragenen, disparaten Ergebnissen zur Europawahl 2024 siehe: Frederike Hofmann-van de Poll: Wie junge Menschen in Europa wählten: ein Blick auf die Europawahl, in: Forum Jugendhilfe 02/2024, S. 47–52.

8 Vgl. infratest/dimap, <https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/junge-waehler-100.html> [Stand: 24.09.2024].

jungen Generation sein mögen. „Die Grünen sind der alte weiße Mann der Politik“, kommentierte die Zeitschrift Focus zur Einordnung.⁹ Das „grüne Gewissen der jungen Generation“ sei nicht mehr gültig und für die AfD zu stimmen, sei der *Punk* von heute.¹⁰ Diese Beobachtung mag zutreffen, es geht jedoch um deutlich mehr als um Protest und Cool-Being. Der Trend nach rechts hatte sich bereits bei den Juniorwahlen in Bayern anlässlich der Landtagswahlen 2023 abgezeichnet,¹¹ wurde jedoch eher als Verirrung oder Protest abgetan und nicht (ausreichend) ernst genommen.

Themen junger Menschen und ihr Wahlverhalten

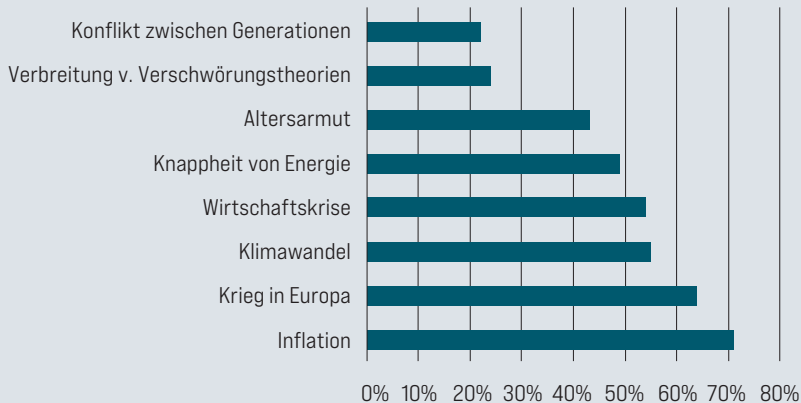
Junge Menschen sind vielfach politischer als ihr Ruf. Allerdings wollen und können sie sich nicht einfach parteipolitisch zuordnen. Wenn das – wie bei

Parlamentswahlen – doch notwendig ist, müssen sie eine Priorität setzen, die in der Zuspitzung letztlich unzutreffend für ihre Stimmungslage und ihre politischen Ansichten ist und von demokratiefeindlichen Parteien durch geschickte, jugendgerechte Ansprache leicht ausgenutzt werden kann.

So erwarten jeweils ca. ein Drittel der befragten Jugendlichen vor der Europawahl 2024 von der EU die Bewahrung des Friedens, die Stärkung der internationalen Sicherheit und Förderung der internationalen Zusammenarbeit, ebenso wie den Kampf gegen Armut sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten und die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und gemeinsamen europäischen Werten.¹² 63 Prozent der jungen Deutschen sind der Ansicht, dass die EU-Politik gewisse oder große Durchschlagskraft auf das eigene tägliche Leben hat. 51 Prozent der Befragten haben bereits versucht, Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen zu nehmen, z.B. über eine Petition oder die Teilnahme an einer Kundgebung. Themen wie Menschenrechte, Klimawandel und Umweltschutz, Gleichberechtigung – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung – wie auch Gesundheit und Wohlbefinden stehen bei dem politischen Interesse im Vordergrund.¹³

Ein Dauerthema bleibt jedoch die fehlende politische Repräsentation. Jüngere Menschen in Europa fühlen sich den älteren Generationen gegenüber im Nachteil. Sie sehen ihre Interessen nicht ausreichend von den politischen Akteuren berücksichtigt und nur 17 Prozent fühlen sich durch das Europäische Parlament vertreten.¹⁴

Sorgenranking junger Menschen in Deutschland



Quelle: Trendstudie Jugend in Deutschland Winter 2022/23, S. 10; eigene Darstellung

9 Vgl. Jan Fleischhauer: Punk!, in: Focus v. 21.06.2024, S. 6.

10 Vgl. ebd., S. 7.

11 Für die Ergebnisse siehe: <https://www.juniwahl.de/download/2023/bayern/ergebnis-bayern-2023.pdf>; hier legte die AfD überraschend rund sechs Prozentpunkte zu und landete bereits bei zwölf Prozent; die Grünen verloren damals bereits 13 Prozentpunkte und lagen nur noch auf Platz 2 der Stimmen; zu ähnlichen Ergebnissen kam auch die U-18 Wahl in Bayern, vgl. <https://www.bjr.de/handlungsfelder/politische-jugendbildung/u18-ergebnisse> [jeweils Stand: 24.09.2024].

Verhältnis von jungen Menschen und Politik

Auch das Verhältnis junger Menschen zur Politik hat sich geändert. Es geht um mehr als die reine Stimmabgabe bei Wahlen oder politische Bildung: Sie wollen die Gesellschaft und auch die Politik mitgestalten und dabei auch lernen. Ihre politische Identität ist allerdings nicht – wie vergleichsweise bei den älteren Generationen ab 50+ – weitgehend auf eine Partei festgelegt, sondern macht sich an anderen Dingen fest: selbst das eigene Umfeld zu

12 Vgl. Europäische Union (wie Anm. 2), Q12.

13 Vgl. ebd., Q4a, Q4b, Q11.

14 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 58 f., S. 64.

gestalten, etwas für eine lebenswerte Zukunft tun und gegen Missstände eintreten, sind für Jugendliche die Hauptmotivationen für ihr Engagement.¹⁵ Für die junge Generation gilt zwar das, was grundsätzlich aus der Wahlforschung bekannt ist: „Die Europawahl ist mittlerweile eine nationale Zwischenwahl. In ihr finden Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik der Bundesregierung sowie wirtschaftlicher Pessimismus ihren Niederschlag.“¹⁶ Ihre Themen sind aber nicht nur auf nationale Politik beschränkt und ihre Sorgen müssen ernstgenommen werden. Die Klimakrise, die Covid-19-Pandemie, die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine, Terrorismus und die angespannte Sicherheitslage in Nahost erschüttern in den letzten vier Jahren Europa und die Welt. Dies ist die Zeit, die das Aufwachen und die politische Mündigkeit der Erstwählerinnen und -wähler stark geprägt hat. Ihre Zukunft in der Europäischen Union ist nicht mehr unbeschwert.

Die demokratische Wertbasis, wie in Artikel 2 des EU-Vertrags von Lissabon¹⁷ festgeschrieben, erschließt sich für die Jugendlichen von heute nicht von selbst, sie muss neu verhandelt und adäquat vermittelt werden. Die Grundlagen des Wohlfahrtsstaats sind angesichts der anstehenden Einschränkungen bedingt durch die gegenwärtigen Krisen neu zu definieren. Hierfür sind das Verständnis und die Unterstützung der Bevölkerung unabdingbar. Dies betrifft insbesondere die junge Generation, die Zugänge zur europäischen Politik und deren Gestaltung finden muss. Nur so kann eine aktive europäische Bürgergesellschaft gelingen, die künftig die Kraft, den Mut und die Unterstützung für eine demokratisches,

tolerantes und weltoffenes Europa aufbringt.

Weit vor den Europawahlen wurde bereits in Jugendstudien deutlich: Die EU wird von mehr als zwei Dritteln der jungen Generation in Europa vornehmlich als wirtschaftliches Bündnis erachtet, wenn auch im Vergleich zu 2017 in rückläufiger Tendenz.¹⁸ Dies hätte ein Weckruf für die politischen Parteien sein können und müssen. So bedeutsam die demokratischen, Vielfalt ermöglichenden, solidarischen Werte für die Begründung und den Bestand der EU sind, so wenig präsent und bewusst sind sie im Alltag und in jugendlichen Lebenswelten. Der Auseinandersetzung mit den europäischen Werten und deren konkrete Umsetzung in Projekten und Aktivitäten kommt deshalb in Blick auf junge Leute eine Schlüsselrolle zu, um die tragfähige Basis für ein gemeinsames, freiheitliches Europa zu erhalten.

Die Ängste junger Menschen in Europa und die Furcht vor einem Krieg in einem EU-Land haben angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine – wie im übrigen Teil der Bevölkerung auch – stark zugenommen. 76 Prozent der Jugendlichen in Europa nehmen den Krieg als eine Zeitenwende wahr und empfinden dies als persönliche Bedrohung. Fast die Hälfte der Befragten hält einen Krieg in einem EU-Mitgliedstaat in den nächsten zehn Jahren für möglich. Es überwiegen Trauer, Wut und Hilflosigkeit angesichts der Situation. Neben ernst zu nehmenden Sorgen um die Zukunft spitzt sich auch die psychische Belastung junger Menschen zu.¹⁹ Allerdings zeigen Jugendliche gleichzeitig eine hohe Bereitschaft für persönliches und staatlich rückgebundenes Engagement.²⁰ Zudem sprechen sich 40 Prozent der jungen Menschen in Deutschland sogar für eine „Dienstpflicht“ aus, bei der alle Bürgerinnen und Bürger obligatorisch einen Militärdienst oder eine alternative gemeinnützige Tätigkeit leisten müssen.²¹

15 Vgl. Eva Feldmann-Wojtachnia: In Krisenzeiten die Welt verändern – aber wie?, Wien 2024, S. 4 f.

16 Viola Neu/Jochen Roose: Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2024, S. 5 f.; vgl. auch Schläger/Katsioulis/Engels (wie Anm. 6), S. 13.

17 Artikel 2 EUV: 1. Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. 2. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

18 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 27.

19 Vgl. Simon Schnetzer/Klaus Hurrelmann: Trendstudie: Jugend in Deutschland. Die Wohlstandsjahre sind vorbei: Psyche, Finanzen, Verzicht, Kempten 2023, S. 11.

20 Vgl. TUI-Stiftung (Hg.): Junges Europa 2022. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren, Hannover 2022, S. 6 f., 15.

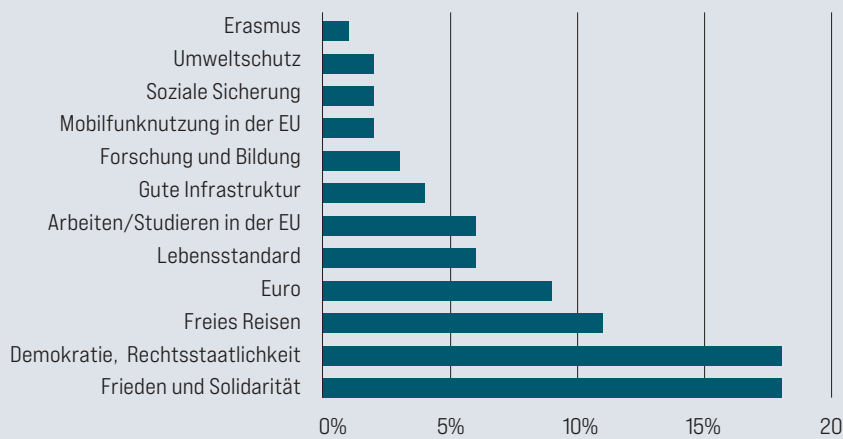
21 Vgl. ebd., S. 21.

Insofern täte die Politik gut daran, gezieltere Dialog- und Partizipationsangebote für die unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen zu schaffen. Vor allem die junge Generation ist in den politischen Dialog einzubinden bzw. die Anschlussfähigkeit von „jungen“ Themen und „offizieller“ Politik herzustellen. Denn das Vertrauen in nationale politische Institutionen und Parteien nimmt in der EU kontinuierlich ab.²² Zudem verzeichnen aktuelle Jugendstudien ein hohes Zustimmungsniveau junger Menschen zu populistischen Aussagen in Europa.²³ Das ist darauf zurückzuführen,

Schlussfolgerungen für die politische Bildung

Europa bietet gerade jungen Menschen einen guten Rahmen, in eigenen Projekten demokratische Werte zu erleben, die Umwelt zu gestalten und sich kritisch mit politischen Lösungswegen für das gemeinsame Miteinander auseinanderzusetzen – ohne sich sogleich parteipolitisch festlegen zu müssen. Im Bereich der Jugendpolitik gibt es eine Vielzahl von Initiativen auf EU-Ebene, um Jugendpartizipation, Inklusion und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen zu stärken und diese über Projekte zu selbstgesetzten Themen mit eigenen Ideen auszugestalten. Jugendaustausche und Jugendarbeit stehen dabei im Vordergrund. Mit der EU-Jugendstrategie (2019-2027)²⁴ ist der Rahmen der europapolitischen Zusammenarbeit abgesteckt und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips offen für eine vielfältige Gestaltung vor Ort und den europäischen Austausch angelegt. Anhand der Evaluierung der EU-Jugendprogramme durch das europäische Forschungsnetzwerk RAY lässt sich nachweisen, dass die Verbundenheit mit Europa nach der Teilnahme an einer Jugendbegegnung oder einem Freiwilligendienst im Ausland bei Jugendlichen signifikant zunimmt. Auch engagieren sich nach der Teilnahme bei Erasmus+ über die Hälfte der befragten Teilnehmenden (54 Prozent) stärker als zuvor. Sie sind mehr an demokratischen Wahlen (33 Prozent) und an demokratischen Prozessen (42 Prozent) interessiert. Für viele Mitwirkende am Europäischen Solidaritätskorps (ESK) bedeutet Solidarität gelebte Demokratie. 55 Prozent bzw. 45 Prozent sind anschließend an demokratischen Wahlen bzw. Prozessen deutlich interessierter.²⁵ Dennoch sind weiterhin nur einem kleinen Anteil der jungen Menschen viele Errungenschaften der EU wie z. B. die

Errungenschaften der EU im Bewusstsein junger Deutscher



Quelle: TUI Jugendstudie 2024, S. 17; eigene, leicht gekürzte Darstellung

dass rechtsnationale, radikale und populistische Argumentationsstrukturen jungen Menschen über Social-Media-Kanäle, insbesondere über TikTok, unmittelbar und im Alltag zugänglich sind und scheinbar schneller Orientierung für die Ängste der jungen Generation bezüglich der gegenwärtigen Krisen bieten als eine diskursive Auseinandersetzung mit offenem Ausgang. Jungen Menschen ist aber oft nicht bewusst, dass die politischen Programme rechtsradikaler Parteien den Rückbau der freizügigen, demokratischen Europäischen Union anstreben und damit für gesamteuropäische Probleme wie den russischen Angriffskrieg ebenfalls keine verlässliche Lösung anbieten. Außerdem stellen sie die vielfältigen Austauschmöglichkeiten über Erasmus+ massiv infrage.

22 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 62.

23 Vgl. ebd., S. 61.

24 Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/eu-youth-strategy-2019-2027.html> [Stand: 24.09.2024].

25 Vgl. RAY Network (Hg.): *Research Report RAY-MON: Effects and outcomes of Erasmus+ Youth in Action Programme, Transnational Analysis* (2021-2023), Berlin 2024, S. 21, https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2024/09/RAY-MON_Research-Report-20212023_20240918.pdf [Stand: 24.09.2024]; RAY: Factsheet: Demokratie als Thema und Methode in europäischen Jugendprogrammen, abzurufen unter www.researchyouth.net/facts [Stand: 20.09.2024].

Sicherung der Demokratie, Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit oder das freie Reisen in Europa tatsächlich bewusst.²⁶

Die positiven Auswirkungen auf das Leben der Menschen werden in der jungen Generation nicht reflektiert und eher als normal und selbstverständlich empfunden. Daher sollten die Rückbezüge zu den Möglichkeiten, die die EU speziell jungen Menschen im Zuge der EU-Jugend- und Bildungspolitik bietet, nicht nur ausgebaut, sondern auch verstärkt und jugendgerecht in formalen und nicht-formalen Bildungszusammenhängen bekannt gemacht und aufgegriffen werden. Junge Menschen haben in den heutigen krisenhaften Zeiten einen riesigen Gesprächsbedarf, wenn es um die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders geht. Deshalb wird die Demokratiebildung für, von und mit jungen Menschen immer wichtiger. Demokratie als Thema und Methode muss dabei ins Zentrum der Bildungsangebote rücken.

Fazit

Die Europawahlen 2024 stehen stark unter dem Eindruck einer Verschiebung der politischen Landschaft, da sich in einigen Staaten wie Deutschland, Spanien oder Bulgarien ein deutlicher „Rechtsruck“ und im Allgemeinen die Tendenz hin zu extremen Positionen und einer Zersplitterung der politischen Auffassungen auch in der jungen Generation bemerkbar lässt. Viele Junge haben das Gefühl, letztlich keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Sie sind mit der etablierten Politik und den klassischen Parteien zunehmend unzufrieden.²⁷ Diese schaffen es wiederum häufig nicht, die Sorgen und Nöte der jungen Generation aufzunehmen. Dialog und die Ermöglichung von Partizipation sind aber insbesondere bei jüngeren Altersgruppen die Basis der politischen Legitimation. Eine echte gesellschaftspolitische Beteiligung darf deshalb nicht auf das Wählen reduziert werden. Die jugendpolitischen Schwerpunkte und Instrumente der

EU-Strategie, unterstützt durch die europäischen Förderprogramme, haben zum Ziel, die Belange junger Menschen zu berücksichtigen und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Hilfreich ist deshalb der duale Ansatz, Jugendfragen in allen Politikbereichen zu beachten, sich dabei auf die starke Beteiligung und Vertretung von jungen Menschen zu stützen sowie gleichzeitig die spezifischen Instrumente und Ansätze im Jugendsektor mit Schwerpunkt auf die europäische Jugendarbeit zu stärken.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zieht aus den Ergebnissen der Europawahl für ihre kommende Amtsphase (2024-2029) die Schlussfolgerung, dass das neue Kommissionskollegium den Stimmen junger Menschen in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen mittels jährlich zu organisierenden jugendpolitischen Dialogen Beachtung schenken muss. Außerdem plant sie die Einrichtung eines „Jugendbeirats der Präsidentin“ als Diskussionsforum mit Jugendlichen aus allen Mitgliedsstaaten.²⁸

Auf die zahlreichen multiplen Krisen muss die politische Bildung pro aktiv reagieren. Der Rechtsruck, der sich nicht nur in den Wahlergebnissen zum Europäischen Parlament, sondern auch in den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg manifestiert, zeigt, dass offenkundig die junge Generation ebenso gespalten ist wie die Gesamtgesellschaft. Während es für den einen Teil „cool“ ist, die AfD zu wählen, ist dies wiederum für den anderen Teil nicht nachvollziehbar. Für demokratischen Parteien und die politische Bildung ist daher gleichermaßen dringend geboten, sich um die immer größere werdende Kluft, die die Gesellschaft durch alle Generationen hinweg spaltet, zu kümmern und Schlussfolgerungen zu ziehen. Methoden und Inhalte sind offenbar nicht differenziert und jugendgemäß genug, um mit der jungen Generation angesichts der zu beobachtenden Diskursverschiebungen und politischen Neuorientierungen eine gemeinsame Wertebasis zu finden und zukunftstaugliche Modelle für die Demokratie zu diskutieren. 🌱

26 Vgl. TUI-Stiftung (wie Anm. 2), S. 17.

27 Diese Ergebnisse finden regelmäßig in Studien Bestätigung, aktuell siehe z.B.: Holger Ziegler: Wie gerecht ist Deutschland? Gerechtigkeitsstudie 2023/24, hg. von Bayer, Bielefeld 2024.

28 Vgl. Ursula von der Leyen: Europa hat die Wahl. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024-2029, Straßburg 2024, S. 26 f., https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de?filename=Political%20Guidelines%202024-2029_DE.pdf [Stand: 24.09.2024].